Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Parteien und Parteiensystem in Hessen

Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Parteien und Parteiensystem in Hessen

Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Parteien und Parteiensystem in Hessen

Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16003-0

Vorwort

Die hessischen Landtagswahlen 2008, vor allem ihre Vorgeschichte und ihre Nachwehen, werden in der bundesdeutschen Geschichte einen besonderen Platz einnehmen. Selten zuvor konnten so viele Erwartungen und eingeschliffene Verhaltensweisen in so kurzer Zeit als überholt gelten. Dabei verschmolzen landes- und bundespolitische Anliegen zu einem ganz Deutschland verbindenden Thema. In Hessen wurden im Frühjahr 2008 die Spielregeln der neuen Zeit für das gesamte deutsche Parteiensystem neu verhandelt. Mit dem neu eröffneten Fünf-Parteiensystem sind alle Parteien gefordert, sich ein Stück weit neu zu erfinden. Denn die alten Identitäten und Abgrenzungen taugen nur noch begrenzt für die neue Zeit, die in Hessen eröffnet wurde.

Landesparteien sind nach wie vor ein Stiefkind der politikwissenschaftlichen Parteienforschung. Das sollte sich ändern. Denn wesentliche Veränderungen in der deutschen Politik haben ihre Wurzeln in den Ländern. Das letzte Buch über die hessischen Parteien ist 1994 erschienen. Hoch motiviert, das pulsierende Leben in den hessischen Parteien zu studieren, und dies mit Blick auf die Landtagswahlen 2008 zu präsentieren, bin ich 2006 zusammen mit meinen Mitarbeitern ins Forschungsfeld gezogen. Wir haben uns in die Tiefen der Parteien begeben, haben viele der handelnden Personen kennen gelernt, ihre Themen diskutiert und die maßgeblichen Strukturen der Politikvermittlung in der Meinungs- und Mediendemokratie untersucht. Unsere Neugierde wurde reichlich belohnt. Einerseits, indem wir interessante Menschen und Prozesse in und um die Parteien kennen lernen durften. Einzel- und Gruppeninterviews durchführten, Parteitage besuchten und interessante Akteure zu uns an die Uni einladen konnten. Andererseits erlebten wir einen von Beginn an außerordentlich faszinierenden Wahlkampf, der von einem an Spannung kaum zu überbietenden sozialdemokratischen Vorwahlkampf zwischen Ypsilanti und Walter, über das Herzschlagfinale des Wahlabends bis hin zur unendlichen Geschichte einer hessischen Regierungsbildung reichte. Wann war Politikwissenschaft schon einmal so spannend? Parallel zu diesen Aktivitäten gab ich an der Universität Kassel zwei Seminare, um die im Forschungsfeld gesammelten Eindrücke und Fragen an die Studierenden zu vermitteln und sie mit ihnen zu diskutieren. Auch dabei konnten viele

neue und inspirierende Ideen gewonnen werden, für die ich mich an dieser Stelle sehr bedanken möchte.

Dieser Band ist das Ergebnis eines außerordentlichen Engagements. An erster Stelle möchte ich mich bei allen Autoren bedanken, die durch die hohe Qualität ihrer Texte die Basis für das Gelingen dieses Projektes gelegt haben. Ein besonderer Dank gilt auch den Mitarbeitern der Parteien, die uns zahlreiche Informationen, Texte und Daten zur Verfügung gestellt haben. Ohne den unermüdlichen Einsatz von Samuel Greef hätten viele der abgebildeten Schaubilder und Tabellen nicht das Licht der Welt erblickt. Florian Albert, Michael Reschke, Tanja Schöttner, Marike Bartels, Nadine Rininsland und Philipp Hinrichsmeyer haben zu unterschiedlichen Zeiten durch ihre unterstützende Arbeit, dazu beigetragen, dass die Zeilen sortiert, geprüft und in eine gute Form gekommen sind. Ein besonderer Dank gilt meiner Mitarbeiterin Arijana Neumann, die durch ihre Kenntnisse zum hessischen Parteiensystem und ihre organisatorischen Fähigkeiten immer ein Garant dafür war, dass aus der Idee eines Buches auch wirklich ein vorzeigbares Buch geworden ist.

Wolfgang Schroeder, Kassel, März 2008

Inhalt

Wolfgang Schroeder
Hessische Parteien im Wandel – eine Einleitung 9

I. Kontexte

Wolfgang Schroeder, Florian Albert und Arijana Neumann
Die hessische Landtagswahl 2008 27

Jakob Schissler
Politische Kultur in Hessen im Wandel 56

II. Parteien in Hessen

Wolfgang Schroeder
Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition 77

Arijana Neumann und Josef Schmid
Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei 107

Theo Schiller
Die FDP Hessen im bürgerlichen Koalitionslager 142

Hubert Kleinert
Die Grünen in Hessen 161

Wolfgang Schroeder, Samuel Greef und Michael Reschke
Die Linkspartei in Hessen 184

Benno Hafeneger
Rechtsextreme Parteien in Hessen 209

Florian Albert
Die Freien Wähler in Hessen 224

Sabrina Schwigon
Kleinstparteien in Hessen 243

III. Hessische Fallstudien

Frank Decker und Marcel Lewandowsky
Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen.
Der vermeintliche Sonderfall Hessen 259

Stephan Klecha, Bettina Munimus und Nico Weinmann
Hessens Ministerpräsidenten im Profil 284

Konrad Schacht
Die Ära Börner: Alte Regierungskunst im politischen Umbruch 313

Wilfried Rudloff
Schulpolitik und Schulkämpfe in Hessen 332

Konrad Schacht
Ist Frankfurt eine CDU-Hochburg? 361

Eike Hennig
Wahlverhalten und Parteiidentifikation in hessischen Städten 371

Anhang 393

Autorenverzeichnis 404

Wolfgang Schroeder

Hessisches Parteiensystem im Wandel – eine Einleitung

Regieren war schon mal einfacher als heute. Zum Beispiel als Westdeutschland noch die Bundesrepublik war und die großen Volksparteien noch fast 90 Prozent der Wähler auf sich vereinen konnten. Das ist zwar schon länger her, prägt aber immer noch die Vorstellung von stabilen Verhältnissen. Dabei haben die Hessen schon in der guten alten Zeit unter gar nicht so stabilen Verhältnissen gut regiert. Auch wenn diese „hessischen Verhältnisse" schon öfter in Deutschland geherrscht haben, wurden sie nicht zu einem richtigen Exportschlager. Eher war es so, dass man sie für einen vorübergehenden Betriebsunfall hielt. Denn mit diesen hessischen Verhältnissen wird die Furcht vor Unübersichtlichkeit, ja die Angst vor Unregierbarkeit assoziiert. Weshalb häufig auch die Rede von den hessischen Verhältnissen und der Ruf nach einer Reform des deutschen Wahlrechtes in einem Atemzug genannt werden. Denn wenn der Wähler nicht mehr in der Lage ist, für überschaubare Mehrheitsverhältnisse zu sorgen, dann müsse der Gesetzgeber in diese Lücke springen, indem er ein Mehrheitswahlrecht einführt. Doch bevor wir gleich zu Beginn dieses Buches die Spekulationen ins Kraut schießen lassen, wenden wir uns in Ruhe den hessischen Verhältnissen zu: Also knappen Wahlergebnissen, Regierungsbildungen ohne die stärkste Partei und kleinen Parteien, die das Zünglein an der Waage sind. Diese können dann als Mehrheitsbeschaffer für eine große Partei wirken oder sogar eine Minderheitsregierung dulden. Dass Landesparteien Motoren für den dynamischen Wandel des gesamten deutschen Parteiensystems sein können, kann man in keinem anderen Bundesland so prominent studieren wie in Hessen. Dort wurden Entwicklungen vorweggenommen, die sich dann wie ein roter Faden durch die Geschichte der Bundesrepublik ziehen. Die Linie führt von der wegweisenden Politik des „Hessen vorn" unter Zinn bis hin zur Entwicklung eines neuen Fünf-Parteiensystems, dessen Konsequenzen sich erst noch zeigen müssen.

1 Hessische Verhältnisse – Hessen vorn!

Es gibt hessische Besonderheiten im Parteienwettbewerb, die stilbildend wurden, weil sie früher, leidenschaftlicher und polarisierter ausgetragen wurden, als in den meisten anderen Bundesländern. Die erste große, bundesweite Aufmerksamkeit erheischende Duftmarke, die in den 60er Jahren die Zinn´sche Sozialdemokratie setzte, galt dem Motto „Hessen vorn". Diesem Anspruch wollte sich auch die Christdemokratie nicht entziehen als sie mit Roland Koch an der Spitze das Hessenland regierte. In den 70er Jahren wurde in Hessen die schulpolitische Debatte engagierter und auch ideologischer geführt als in anderen Gegenden Deutschlands. 1974 wurde die CDU erstmals stärkste Partei in Hessen, konnte allerdings nicht die Regierung bilden. 1983 wurde in Hessen erstmals ein Vierparteiensystem geschaffen an dem die Grünen beteiligt waren. In den 1980er Jahren war es auch Hessen, wo erstmals in einem deutschen Parlament eine Minderheitsregierung, in geschäftsführender Form tätig war, und dies über einen Zeitraum von fast zwei Jahren. In Hessen bildete sich 1985 die erste rot-grüne Landesregierung in einem deutschen Flächenstaat. Stellvertretend für die gesamte Bundesrepublik fanden in den 70er und 80er Jahren Kämpfe um die Rolle des Frankfurter Flughafens und seine Bedeutung für den Lebensraum eines großen Ballungszentrums statt. Einen ähnlichen Charakter besaßen die großen Kontroversen um die letzte Großtechnologie des Industriezeitalters, die Atommeiler und Wiederaufarbeitungsanlagen.

Auch die 1999 gewählte CDU-Landesregierung knüpfte an die traditionell avantgardistische Rolle der hessischen Politik an. In Hessen wurden unter ihrer Führung das erste Gefängnis (JVA Hünfeld) und die ersten Unikliniken (Gießen und Marburg) in der Bundesrepublik privatisiert. Mit der entschiedenen Bezugnahme auf die Arbeitsmarktpolitik des US-amerikanischen Staates Wisconsin stimulierte die hessische Landesregierung die Dynamisierung der deutschen Arbeitsmarktpolitik; vor allem den Wettbewerb zwischen einer von der Bundesagentur für Arbeit getragenen Arbeitsmarktpolitik und einer kommunalen Trägerpolitik. Zugespitzt kann man sagen, dass die unter Roland Koch formulierte Erweiterung der Hessen-Vorn-Idee darauf hinauslief: das Bundesland als „Konzern Hessen" zu konzeptionalisieren, der sich auf der Basis der Software SAP, einem permanenten Benchmarking aussetzt. Vermittelt über das Instrument der transparenten Evaluation, die zu mehr Effizienz und Effektivität beitragen sollte, versuchte die CDU die Hessen-Vorn-Idee aus der Geiselhaft der sozialdemokratischen Erzählung zu befreien und in eine unionistische Erzählung zu transformieren. In diesem Zusammenhang steht auch die Konzeption, den kooperativen

Föderalismus in einen Wettbewerbsföderalismus zu verwandeln. Auch wenn jede hessische Landesregierung, unabhängig von ihrer politischen Zusammensetzung, ein großes Interesse hat, die gegenwärtig außerordentlich hohen hessischen Mittel für den Länderfinanzausgleich zu reduzieren, um bessere Gestaltungsspielräume für den eigenen Haushalt zu entwickeln, muss dies nicht zwangsläufig zu einer Absage an den kooperativen Föderalismus führen.

2 Vom Vier- zum Fünf-Parteiensystem

Mit dem 2008 erfolgten Sprung der neu gegründeten Linkspartei ins hessische Parlament entwickelte sich das hessische Parteiensystem von einem Vier- zu einem Fünf-Parteiensystem. Damit entstand eine vergleichbare Konstellation wie 1983 als der Sprung der Grünen ins hessische Parlament das Dreiparteiensystem verabschiedete. Ob allerdings mit dem Aufstieg der Linkspartei der Beginn eines dauerhaften Fünf-Parteiensystems erfolgt sein wird, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Zu bedenken ist, dass die Linkspartei nur ganz knapp, mit gerade einmal 2000 Stimmen mehr als erforderlich, den Einzug ins Parlament erreichte. Im Nachhinein zeigt der Blick auf den Lagerwahlkampf des Jahres 2008, dass die alten Lageridentitäten der Parteien neuen Kooperationsformen im Weg stehen. Insbesondere, weil sich die polarisierenden Zuspitzungen des Wahlkampfes negativ auf flexible Koalitionsmuster auswirken. So scheint es momentan danach auszusehen, dass es paradoxerweise des Erfolges einer linkstraditionalistischen und staatsfixierten Partei bedurfte, um zu einer Modernisierung der hessischen Parteienlandschaft zu kommen.

Wenn sich das Fünf-Parteiensystem verfestigt, können damit weit reichende Veränderungen verbunden sein. So wird vermutlich der Wahlausgang an sich, also das konkrete Ergebnis, immer weniger Einfluss auf die Koalitionsbildung haben. Denn bei fünf Parteien ohne Mehrheit für Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, was das hessische Ergebnis von Niedersachsen deutlich unterscheidet, ist es notwendig, bei zukünftigen Wahlen auch andere Konstellationen zu denken – nicht zuletzt, um nicht zwangsläufig im groß-koalitionären Notlösungs-Dilemma zu landen. Daher wird neben den klassischen Koalitionsmodellen über Ampel, Jamaika, Rot-Rot-Grün bis hin zu Minderheitsregierungen mittelfristig alles denkbar und notwendig sein. Dies bedeutet, dass eine Wahlentscheidung kaum mehr mit einer eindeutigen Koalitionsentscheidung verbunden sein kann. Von besonderer Bedeutung ist dies für die kleineren Parteien, da diese oft von Leihstimmen der Großen profitieren. Mittels präferierender, aber nicht grundsätzlich aus-

schließenden Koalitionsaussagen könnten die Parteien mit dieser neuen Situation umgehen. Unter den neuen Verhältnissen müssen Koalitionsfestlegungen flexibilisiert werden. Wie sich das Wahlverhalten verändern wird, bleibt natürlich offen. Bleiben die Wähler FDP oder Grünen treu oder konzentrieren sie sich wieder stärker auf die Volksparteien? Zu erwarten ist auch, dass Parteien in dieser Wettbewerbssituation in Wahlkämpfen vermehrt populistisch agieren, sich zugleich im Rahmen von Regierungsbildung verstärkt pragmatisch und flexibel verhalten werden. Jedenfalls wird die hessische Koalitionspolitik, die sich an diese neue machtpolitische Gemengelage anschließt, von großer bundespolitischer Bedeutung für flexiblere Koalitionsmodelle sein. So jedenfalls gewinnt die Rede von den „hessischen Verhältnissen" einen innovativen und konstruktiven Charakter.

3 Rahmenbedingungen der hessischen Entwicklung

Bei so vielen Besonderheiten, stellt sich die Frage, warum in diesem Bundesland viele Prozesse früher und dramatischer als in anderen Regionen der Republik ins Zentrum der öffentlichen Debatte drängen. Die Bedeutung Hessens und seines Parteiensystems hängt mit den besonderen Bedingungen dieses Landes zusammen. Dazu zählt seine geographische Mittellage. Während der Teilung Deutschlands hatte Hessen ein bedeutendes „Zonenrandgebiet", dessen Nachteile durch umfängliche staatliche Transferzahlungen kompensiert wurden. Diese Trennung in ein dynamisches Zentrum im Süden und einen strukturschwachen Norden, der gleichsam die Peripherie bildete, wurde nach der Wiedervereinigung nicht unbedingt relativiert. Denn mit der Deutschen Einheit reduzierten sich die besonderen Fördermittel für den Norden und der Süden wurde noch stärker durch die positiven Effekte der Globalisierung beeinflusst. Gespalten in einen urban-metropolenartigen Süden und einen eher ländlich strukturierten Norden sieht sich jede hessische Partei von einem außerordentlichen Spagat herausgefordert. Zudem hat sich in den letzten Jahren Mittelhessen als zusätzliche Sorgenregion herausgebildet. Gleichwohl ist die ökonomische Basis für diesen Spagat in Hessen besser unterfüttert als in den meisten anderen Bundesländern. Hessen ist nämlich das Flächenland mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem, und dies schon seit vielen Jahrzehnten. Hessen liegt auch an Platz eins der Geberländer im Länderfinanzausgleich.

Dass der Kampf zwischen den hessischen Parteien so kraftvoll geführt wird, wie nur in wenigen anderen Regionen der Republik, hat strukturelle Ursachen, die bis in die Anfänge der Nachkriegszeit zurückreichen. Hessen ist gewisserma-

ßen ein ewiges Kampffeld, das eine äußerst nervöse Wettbewerbssituation zwischen den Parteien kennt. Es gibt kaum ein anderes Bundesland, in dem die Zahl der umkämpften Wahlkreise so hoch ist, dass sie weder als traditionelle CDU- noch als SPD-Hochburgen gelten können. Dass sich die Parteien ihrer Machtbasis nie sicher sein können, nagt an ihrem Selbstbewusstsein, und macht sie tendenziell zu nervösen Kraftzentren, die immer wieder neue strategische Überlegungen produzieren müssen, um sich in diesem ewigen politischen Laboratorium zu behaupten.

Mit der urbanen Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsgesellschaft liegen vor allem im Ballungsraum Rhein-Main Strukturmuster moderner Gesellschaften vor, die große Herausforderungen für „altbackene Parteien" sind. Wie kann man unter den Bedingungen von Individualisierung und Mobilität verhindern, dass nur die Zeitreichen aus den Gefilden des öffentlichen Dienstes und der Rentnerschaft sich den zeitraubenden Aktivitäten eines enervierenden Parteilebens widmen? Wie kann man Jugendliche gewinnen, die einen anderen Takt gewohnt sind als den des deutschen Parteienlebens? Und vor allem: wie kann man den Spagat zwischen Mitglieder- und Wählerpartei glaubhaft praktizieren? Und nicht zuletzt: Wie findet man die Kandidaten, die zu den jeweils präferierten Themen passen, die den Bürgern unter den Nägeln brennen und die in der Lage sind, die Breite des Wählerspektrums anzusprechen? Die Antworten auf diese Fragen sind es, die den Wettbewerb zwischen den Parteien in und jenseits der Wahlen anstacheln. Dabei können erfolgreiche hessische Akteure und Modelle auch von anderen Ländern aufgegriffen werden, um sie nachzuahmen.

Eine Besonderheit der hessischen Parteien besteht darin, dass sie über eine stärkere Mitgliederdichte verfügen als ihre Schwesterparteien in den meisten anderen Bundesländern[1]. Traditionell sind die hessischen Parteien Mitgliederparteien, die über eine gewisse gesellschaftliche Verankerung verfügen, wenngleich ihnen die lebendige Anbindung an die Interessenslagen und Lebensverhältnisse der jüngeren Menschen in der hessischen Gesellschaft nur noch unzureichend gelingt. Jedenfalls ist das Durchschnittsalter der hessischen Parteien durch starke Überalterung geprägt.

---

[1] Die SPD in Hessen liegt mit einem Rekrutierungsgrad von 1,44 auf Platz zwei der SPD Landesverbände; die CDU liegt mit einem Wert von 1 auf Platz fünf; die FDP liegt mit 0,12 auf Platz drei und die Grünen liegen mit 0,07 mit einigen anderen Landesverbänden auf Platz vier (Niedermeyer 2005: 386). Da sich die Linke noch im Aufbauprozess befindet, ist es für ein Länderranking noch zu früh.

4 Die Mähr vom „Roten Hessen“

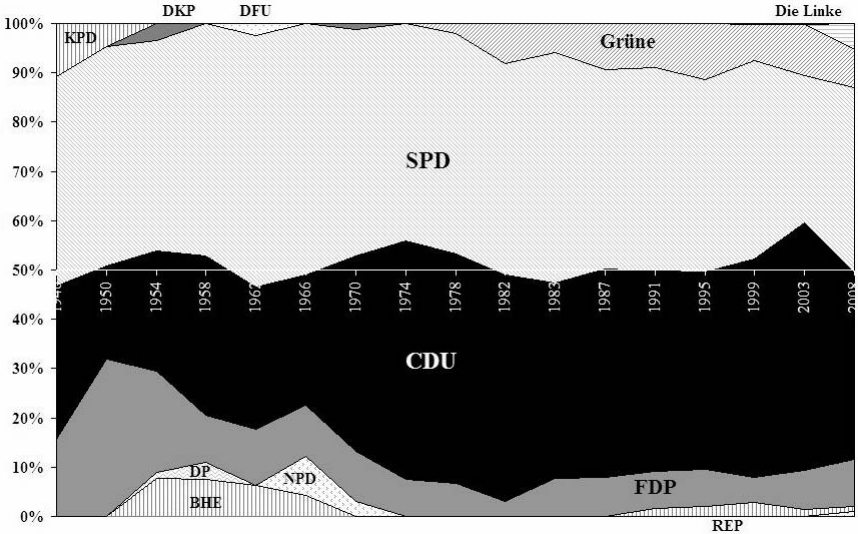
Die hessische SPD hat das Land außerordentlich stark geprägt. Gleichwohl ist die Rede von der Staatspartei auch für die Ära Zinn (1950-1969) nur teilweise zutreffend. Einerseits ist die Rolle der hessischen SPD nicht auf eine Stufe mit der bayerischen CSU zu stellen, die gemeinhin als Paradebeispiel einer Staatspartei gilt. Andererseits war die Stärke der hessischen SPD über lange Strecken der bundesdeutschen Geschichte eine schillernde Ausnahme. Diese ist auf eine Vielzahl günstiger, mithin auch zufälliger Faktoren zurück zu führen, auf die die SPD selbst kaum Einfluss hatte. Auch wenn die SPD in den hessischen Vorläufergebieten bereits in der Weimarer Republik eine dominierende Rolle spielte, war es nach 1945 keinesfalls zwangsläufig, dass dieses Land einmal eine so prägende Sozialdemokratie haben sollte, wie dies vor allem in den 60er Jahren der Fall war, wo sie sogar zweimal die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte (1962 und 1966). Im Gegenteil: Bis auf den heutigen Tag stehen sich in Hessen die bürgerlichen und linken Parteien näherungsweise gleichstark gegenüber. Es waren deshalb vor allem einige bundespolitische Zufälligkeiten sowie situativ hessische Faktoren, die den Aufstieg der Sozialdemokratie zur dominanten Partei ermöglichten und weniger ihre naturwüchsig, strukturelle Mehrheitsfähigkeit auf dem hessischen Wählermarkt. In den fünfziger Jahren wurde die führende Rolle der Sozialdemokratie durch die bundesstaatliche Politik der Adenauer-CDU und die Spaltung des bürgerlichen Lagers in Hessen befördert.[2]

Hinzu kam, dass die SPD unter ihrem legendären Ministerpräsidenten Georg August Zinn eine derart geschickte Koalitions- und Projektpolitik betrieb, dass sie sich tief im bürgerlichen, ja sogar im bäuerlichen Milieu verankern konnte. Ohne die 1954 praktizierte Koalition mit dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) drohte das hessische Modell schon damals zu scheitern. Und mit ihren Projekten zum Aufbau einer eigenständigen Identität durch den kleinen (1951) und großen (1965) Hessen-Plan, die Dorfgemeinschaftshäuser, die Landschulreform, den „Hessen-Tag“ sowie durch eine günstige ökonomische Dynamik entwickelte sich die Rede von „Hessen vorn“ zu einer Art hessischem Credo und war damit immer mehr als ein Wahlkampf-Slogan. Die Regierungsmehrheit konnte sich die SPD nach der Phase mit dem BHE und der Alleinregierung durch die erneute Spaltung des bürgerlichen Lagers sichern, denn während der Zeit der sozial-liberalen Koalition im Bund, stand die FDP in Hessen fest an der Seite der SPD (1970 bis 1982). Ein anderer wichtiger bundespolitischer Impuls

[2] 1950 schnitt die CDU mit 18,8 Prozent schwächer ab als die FDP mit 31,8 Prozent.

ging von der SPD der 80er Jahre unter Holger Börner aus, die 1985 bis 1987 die erste rot-grüne Koalition in einem Flächenstaat betrieb, was erst 12 Jahre später auf Bundesebene erreicht wurde.

Abbildung 1: Stärke der politischen Lager in Hessen 1946 - 2008

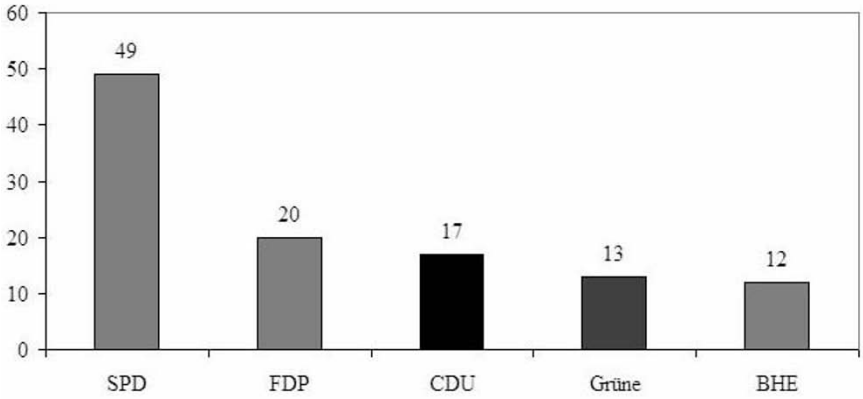


Quelle: Eigene Darstellung. Oberhalb der SPD sind alle Parteien dargestellt, die neben der SPD zum linken Lager gerechnet werden, unterhalb der CDU sind hingegen alle Parteien dargestellt, die neben der Union zum bürgerlichen Lager gerechnet werden

Hessen war also nie nur das Hessen einer Partei. Die Rede vom „roten Hessen" war ebenso eine Mähr, wie der Glaube, dass Frankfurt eine CDU-Stadt ist oder in Hessen eine CDU-Mehrheit dauerhaften Charakter annehmen kann. Vielmehr sind die Wahlausgänge in diesem Lande durch ein Maß an ergebnisoffener Knappheit geprägt, wie wir sie in kaum einem anderen Bundesland antreffen. Da das bürgerliche und sozialdemokratische Koalitionslager nahezu paritätische Teile des Elektorates erreichten, konnten die kleinen Parteien in Hessen stets eine bedeutende Rolle spielen. Oder anders herum: Die Möglichkeit und Stabilität des Regierens war in diesem Bundesland immer schon eine Kunst, die mit viel Klugheit und Fingerspitzengefühl betrieben werden musste. Besonders beherrscht hat sie Georg August Zinn, der nahezu 20 Jahre lang das Land regiert, und dabei durch eine Mitte der 50er Jahre geschaffene Koalition mit dem BHE, die Basis für

eine dauerhaftere Regierungspolitik gelegt hat. So war die SPD in der Nachkriegszeit nahezu 50 Jahre an der Regierung beteiligt, während es die CDU gerade einmal auf 17 Jahre brachte und damit immer noch hinter der FDP liegt. Dabei konnte sie bereits 1974 erstmals die stärkste Fraktion im Wiesbadener Landtag stellen.

Abbildung 2: Regierungsjahre der Parteien in Hessen



5 Entwicklungsphasen des hessischen Parteiensystems

Die Entwicklung des hessischen Parteiensystems kann in fünf abgeschlossene und eine neu eröffnete Phase unterteilt werden[3]. In der Gründungsphase (1945 bis 1950) konnten nur die von den Alliierten lizenzierten Parteien zur Wahl antreten. Die hessische SPD entschied sich in dieser Phase gegen eine Zusammenarbeit mit der KPD und für eine Große Koalition, um eine möglichst breite Zustimmung zu ihrer Politik zu organisieren. In der zweiten Phase, die als sozialdemokratische Hegemoniephase (1950 bis 1969) bezeichnet wird, dominierte die SPD, wenn auch meist nicht allein, während sich die CDU in der Findungsphase befand. Dies änderte sich erst Ende der 60er Jahre mit dem Aufstieg von Alfred Dregger zum Vorsitzenden der hessischen CDU. Unter seiner Ägide entwickelte sich die Union zu einem wuchtigen Kampfverband, womit sich eine zugespitzte inhaltli-

[3] Ich knüpfe mit dieser Phasenbildung an die Einteilung von Galonska (1999) an, der das hessische Parteiensystem bis ins Jahr 1999 zu erfassen versuchte.

che Auseinandersetzung zwischen den Volksparteien ergab. Diese dritte Phase des hessischen Parteiensystems kann als Polarisierungsphase bezeichnet werden (1969 bis 1982/ 83). In dieser Zeit wurde jene hessische politische Kultur geschaffen, die bis heute fortwirkt, nämlich die harten Auseinandersetzungen zwischen den Volksparteien, die vor allem auf dem Gebiet der Schulpolitik geführt werden. Diese Konfrontationen schweißte zum einen die CDU, der die Regierungsmacht lange verwährt blieb, mehr und mehr zusammen und machte sie zu jener verschworenen Gemeinschaft, die sie bis heute noch ist. Die SPD funktionierte in dieser Zeit vergleichbar einem Orchester mit vielen Tönen, die auf der Partitur nicht vorgesehen waren, was das Dirigieren der eigenen Landesregierung nicht immer einfach machte. In dieser politischen Kultur der harten Auseinandersetzungen wurden die hessischen Grünen sozialisiert. Sie läuteten einerseits die Öffnung des hessischen Parteiensystems ein, andererseits aber konnten sie nicht dazu beitragen, die starke Polarisierung des hessischen Parteiensystems aufzubrechen. Somit kann man die vierte Phase des hessischen Parteiensystems, die auf den Zeitraum 1982 bis 1999 fixiert werden kann, als eine der erneuerten Lagerbildung bezeichnen. Denn obwohl sich die hessischen Grünen nach ihrem Einzug in den Landtag schnell zu einem Realo-Landesverband veränderten, reihten sie sich in den Kontroversen mit der CDU an der Seite der SPD ein. Die harte Abgrenzung der Grünen auf Landesebene gilt für die Regierungszeit unter Börner und Eichel, aber ebenso für die Zeit der Opposition gegen Ministerpräsident Koch. Mit der 1999 erfolgten Machtübernahme durch Roland Koch begann eine neue, die fünfte Phase, die von 1999 bis 2008 währte. Diese Zeit zeichnete sich keinesfalls nur durch eine stabile, nahezu unversöhnliche Lagerbildung zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb auf Landesebene aus, also durch hessische Kontinuität. Das besondere Kennzeichen dieser Phase war die vorher kaum gekannte Personalisierung von Politik, die in außerordentlicher Weise auf den Ministerpräsidenten Roland Koch ausgerichtet war. Die unbeholfene Unbeweglichkeit der FDP, die innere Zerrissenheit der SPD sowie die langsame, aber stetige Befreiung der Grünen aus der zwangsläufigen Koalitionsbildung mit der SPD, praktiziert auf der Ebene der größeren Städte und mancher Landkreise sowie der Aufstieg der Linkspartei bereiteten in dieser Phase das Aufbrechen der alten Lagerbildung vor, das sich schließlich mit dem Landtagswahlergebnis des Jahres 2008 Bahn brach. Auch wenn noch offen ist, wie weit dieser Prozess gehen wird, so ist doch offensichtlich, dass 2008 eine neue Zeitrechnung in Hessen beginnt, die sechste Phase. Der hessische Landtag macht mehr als nur die Entwicklung nachzuvollziehen, die der Bundestag 2005 durchgemacht hat: Das bisher stabile Vier- hat sich zu einem instabilen Fünf-Parteiensystem entwickelt, in dem es keine Mehr-

heit für eines der traditionellen politischen Lager gibt. Das ist der Humus, aus dem sich ein flexibler und weniger spröder Parteienwettbewerb ergeben kann.

6 Bundespolitische Bedeutung hessischer Politiker

Auch wenn noch nie ein hessischer Ministerpräsident seine Bundespartei führte oder Kanzlerkandidat gewesen ist, gab und gibt es namhafte Bundespolitiker, die ausgehend von ihrer hessischen Basis, Einfluss auf die Geschicke des Bundes nehmen konnten. Der Einfluss der hessischen Parteien auf die Bundesebene vollzieht sich über die Mitgliederstärke der Landesverbände, den Wählerzuspruch und nicht zuletzt über die Personen, die zwischen Land und Bund pendeln. Hier können selbstverständlich nur einige prominente Beispiele genannt werden:

Für die SPD begann mit Georg August Zinn, der Mitglied des Parlamentarischen Rates gewesen ist, die Linie der hessischen Sozialdemokraten mit bundespolitsicher Bedeutung. Auch Holger Börner wirkte als Politiker im Bund bevor er Ministerpräsident wurde. Er gehörte von 1957 bis 1976 dem Bundestag an und war von 1972 bis 1976 Bundesgeschäftsführer der SPD unter dem Vorsitzenden Willy Brandt. Sein Nachfolger Hans Eichel machte als Finanzminister erst nach seiner Zeit als Ministerpräsident Karriere in Berlin. Auch heute ist der Landesverband der Hessen-SPD mit zwei Ministerinnen, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Brigitte Zypris, überproportional stark im Kabinett der Großen Koalition vertreten.

Für die CDU war die Bundesebene lange Zeit eine Art „Ausweicharena" für Spitzenpersonal, dass in Hessen nicht weiter kommen konnte, weil der Union die Regierungsbeteiligung trotz sehr guter Wahlergebnisse verwährt blieb. Beispielsweise wechselte Alfred Dregger 1972 vom Landtag in den Bundestag, wo er 1982 bis 1991 Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion war. Walter Wallmann war sowohl vor als auch nach seiner Zeit als Frankfurter Oberbürgermeister bundespolitisch aktiv. 1972 bis 1977 war er Mitglied des Bundestags, ab 1976 als parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Von 1986 bis 1987 wurde er von Kanzler Kohl nach der Katastrophe von Tschernobyl zum ersten Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ernannt. Dieses Amt legte er nieder als er 1987 hessischer Ministerpräsident wurde. Auch Manfred Kanther wechselte trotz Spitzenkandidatur in Hessen auf die Bundesebene, war von 1991 bis 1998 Innenminister und gehörte von 1994 bis 2000 dem Bundestag an. Roland Koch macht bisher nur als stellvertretender Vorsitzender der CDU und durch

seine bundespolitischen Ambitionen, die in seinem Regierungsstil immer wieder deutlich werden, auf der Bundesebene von sich reden.

Auch für die Grünen war der Bezug zur nationalen Ebene immer deutlich, kam doch ihr bekanntester Politiker, Joschka Fischer, aus Hessen. Fischer, der unter Börner und Eichel hessischer Umweltminister war, wechselte 1994 in den Bundestag, dem er bis 2005 angehörte. Er ist der hessische Politiker, der als Außenminister und Vizekanzler 1998 bis 2005 das höchste bundespolitische Amt bekleidet hat, das je ein hessischer Politiker innehatte. In der hessischen FDP ist Wolfgang Gerhardt der bundespolitisch erfolgreichste Vertreter. Nachdem er in Hessen unter Ministerpräsident Wallmann Wissenschaftsminister war, wechselte er ebenfalls 1994 in den Bundestag und war dort von 1998 bis 2006 Fraktionsvorsitzender der FDP. Er führte darüber hinaus von 1995 bis 2001 seine Bundespartei.

7 Die Beiträge im Überblick

Wolfgang Schroeder, Florian Albert und Arijana Neumann analysieren in ihrem Beitrag die Vorgeschichte des Wahlkampfes, den eigentlichen Landtagswahlkampf 2008, das Wahlergebnis aus sozialstruktureller und regionaler Perspektive sowie die neue Konstellation des Fünf-Parteiensystems. Sie zeigen auf, wie die etablierten vier Parteien versucht haben, das alte Vierparteiensystem zu erhalten, und dabei scheiterten.

Der hessische Parteienwettbewerb ist zugleich Teil einer besonderen landesspezifischen politischen Kultur wie sie diese selbst auch prägt und verändert. Jakob Schissler reflektiert wie die politische Kultur Hessens von den ersten Nachkriegsregierungen unter Führung der SPD geprägt worden ist. Hessen ist heute nicht mehr rotes Fortschritts- und Gegenmodell zum Bund. Zugleich haben sich seit den 1960er Jahren die Wähleridentifikationen verschoben, die politische Kultur hat sich ausdifferenziert und die politischen Diskurse haben sich entsozialdemokratisiert. Dennoch stellt der Autor fest, dass gerade die letzte Landtagswahl gezeigt habe, dass jene hessenspezifische weltoffene, gerechtigkeitsbezogene und links-sozialdemokratische Kultur auch heute noch fester Bestandteil des hessischen Mentalitätshaushalts ist.

Wolfgang Schroeder analysiert in seinem Beitrag, wie es der hessischen SPD gelungen ist, über Jahrzehnte hinweg die Geschicke dieses Landes zu leiten und so den Begriff vom „roten Hessen“ zu prägen. Dies war weniger Resultat einer strukturellen Mehrheitsfähigkeit, sondern vielmehr das Ergebnis geschickter

Koalitionspolitik und günstiger Rahmenbedingungen. Schroeder zeigt, dass diese bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte die SPD heute mehr lähmt als beflügelt. Die mittlerweile fast ein Jahrzehnt in der Opposition befindliche Partei ist zerrissen in sich wechselseitig lähmende Flügel und hat es nicht vermocht, organisatorische und inhaltliche Reformen vorzunehmen. Zugleich bietet das jüngste Wahlergebnis die Hoffnung, dass die SPD nunmehr – gewissermaßen nachholend – die Basis für eine offene Erneuerung der Partei schafft.

Arijana Neumann und Josef Schmid beziehen sich in ihrem Beitrag über die Entwicklung der hessischen CDU auf die 1990 von Schmid geprägte Typologie des Kampfverbandes und fragen, was davon nach neun Jahren Regierungsbeteiligung in Hessen geblieben ist. Die beiden Autoren zeigen, dass die CDU in der Landesregierung zwar pragmatisch handelt; wobei Hessen unter ihrem Ministerpräsidenten einen weit reichenden Umbauprozess realisiert hat, die Partei an sich aber immer noch ein Kampfverband und eine nach außen verschworene Gemeinschaft ist. Dies wurde vor allem im Wahlkampf 2008 deutlich, als die hessische Union eher als Oppositions- und nicht als Regierungspartei agierte.

Wie stark die Verankerung der hessischen FDP im bürgerlichen Lager ist, zeigt Theo Schiller in seinem Beitrag. Seit einem Vierteljahrhundert versteht sich der Landesverband als liberales Korrektiv an der Seite der CDU und in tiefer Treue zur FDP-Bundesspitze. Innerhalb der hessischen FDP ist diese Verortung unumstritten. Wie die Wahlergebnisse deutlich zeigen, wäre eine strategische Umorientierung tatsächlich nicht ohne Risiko, profitieren die Liberalen doch in starkem Maß von Leihstimmen aus dem Unionslager. Angesichts des Fünf-Parteiensystems bedeutet diese einseitige Koalitionsoption jedoch eine tendenzielle Abkopplung von durchaus denkbaren Koalitionsoptionen.

Hubert Kleinert analysiert die Entwicklung der Grünen, die in Hessen zusammen mit der SPD das wegweisende rot-grüne Koalitionsmodell auf den Weg gebracht hat. Die hessischen Grünen kennzeichnet seit jeher eine besondere Dynamik zwischen Regierung und Opposition. Angesichts des komplizierten Landtagswahlergebnisses waren die Grünen einmal mehr damit konfrontiert ihr etabliertes Koalitionsmuster auf Landesebene (Fixierung auf die SPD) im Angesichte der nicht eins zu eins übertragbaren Kommunalerfahrungen (Öffnung zur CDU) zu überdenken. Damit hat auch für die hessischen Grünen eine neue Debatte begonnen, die bislang undenkbar war.

Die bundes- und landespolitischen Erfolge der Linkspartei haben zum vorläufigen Ende des Vierparteiensystems geführt. Wolfgang Schroeder, Samuel Greef und Michael Reschke zeigen auf, dass es sich bei dem neuen Akteur in Hessen um eine lernende Gruppe auf dem Weg zur parlamentarischen Partei

handelt. Die Linke sei eine Partei, bei der auch nach der erfolgreichen Fusion von westdeutscher PDS und der stark gewerkschaftlich geprägten WASG, vieles im Fluss ist. Gerade weil die inneren Machtstrukturen und strategischen Orientierungen keineswegs gefestigt sind, gewinnen die Vorgaben der Berliner Parteiführung, die die Westausdehnung als „historische Mission" zu begreifen versucht und die Strukturen des Parlamentarismus stabilisierende Bedeutung. Die Autoren zeigen auch, wie der hessische Ableger der Linkspartei an alte linke Traditionen anknüpft.

Dass rechtsextremistische Parteien in Hessen eher ein qualitatives als ein quantitatives Problem waren und sind, zeigt der Beitrag von Benno Hafeneger. Bei Landtagswahlen blieben Republikaner und NPD fast immer erfolglos. Nur punktuell und in einzelnen Kommunen erhalten die Rechten überdurchschnittlichen Zuspruch. Die Entwicklung dieser Parteien auf Landesebene entspricht somit weitgehend dem bundespolitischen Werdegang. Diese starke Bund-Land-Verschränkung zeigt sich auch in der jüngeren Geschichte der NPD, die auch in Hessen die rechte und gewaltbereite Jugendszene umwirbt und sich zu einer offen extremistischen Partei entwickelt hat.

Ein neuer, aber nicht ganz unbekannter Akteur bei der letzten Landtagswahl waren die Freien Wähler. Florian Albert beschreibt in seinem Beitrag die kommunalpolitische Orientierung und Identität dieser parteiunabhängigen Gruppierung. Es war vor allem diese kommunalpolitische Identität, die ein erfolgreiches Auftreten als landespolitischer Akteur verhindert hat.

Wie es um die abseits der bekannten Akteure stehenden Kleinstparteien in Hessen bestellt ist, also der Parteien, die bei Landtagswahlen nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, untersucht Sabrina Schwigon. Anhand der Landtagswahlergebnisse seit 1991 zeichnet sie das facettenreiche Bild einer Kleinparteienlandschaft, die einerseits von zunehmender Pluralisierung und Fragmentierung gekennzeichnet ist, andererseits aber immer mehr Stimmen auf sich vereinen kann.

Frank Decker und Marcel Lewandowsky widmen sich der Frage, wie stark der Einfluss von Bundespolitik auf Landtagswahlen ist. Hessens Landtagswahlen sind schon sehr häufig Referenden über die Arbeit der Bundesregierung gewesen. Verstärkt wurde diese Verschränkung mit der Bundesebene durch den Wahlzeitpunkt: Vier der letzten fünf Landtagswahlen fanden im unmittelbaren Nachgang zu einer Bundestagswahl statt. Bundespolitische Oppositionsparteien können davon profitieren, wenn hessische Landtagswahlen mitten in der Legislatur stattgefunden haben und somit eher dem Charakter einer „Zwischenwahl" entsprachen.

Stephan Klecha, Bettina Munimus und Nico Weinmann widmen sich dem Profil der hessischen Ministerpräsidenten. Diese werden in ihrer Doppelfunktion gedeutet: Einerseits nämlich als Regierungschef („Macher") und andererseits als Staatsoberhaupt („Landesvater"). Von Zinn bis Koch hat jeder Ministerpräsident diese Rolle anders interpretiert und gelebt.

Konrad Schacht zeigt in seinem Beitrag, wie Ministerpräsident Holger Börner den gesellschaftlichen und politischen Umbruch seiner Zeit regierungspolitisch händelte. Der traditionalistische Modernisierer Börner musste nicht nur die harte Auseinandersetzung gegen die Umweltbewegung bestehen, sondern auch in einer sich stark verändernden politischen Landschaft um den Machterhalt seiner Partei kämpfen. Umso stärker bleibt es sein Verdienst, dass er als erster Regierungschef die vorher scheinbar unversöhnlichen Gegner SPD und Grüne zusammenführte und längerfristig eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in Hessen und im Bund ermöglichte.

Wichtigstes Thema im Wahlkampf 2008 war die Bildungspolitik. Wilfried Rudloffs Beitrag beleuchtet die Entwicklung der Schulkämpfe und den aktuellen Stand der Schulpolitik in Hessen. Der hessische Schulkampf fand in den 1970er Jahren seinen Höhepunkt. Seither bewegt sich die schulpolitische Debatte zwischen grundlegenden Schulstruktur- und Wertefragen, gekennzeichnet durch eine scheinbar unversöhnliche Kampfrhetorik. Rudloff beschreibt nicht nur die Unzufriedenheit mit der die hessische Bevölkerung auf die jüngsten schulpolitischen Veränderungen reagierte. Er stellt fest, dass es zwischen den Parteien bei allen Differenzen auch bedeutsame Gemeinsamkeiten gibt.

Abschließend untersuchen zwei Autoren das Phänomen „Politik und Stadt" in Hessen. Konrad Schacht widmet sich der Frage, ob die globale Metropole Frankfurt, die bis in die 1970er eine feste SPD Hochburg mit stabilen Wählermilieus gewesen ist, heute zu einer CDU-Stadt geworden ist. Der Union ist es nach tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen, speziell seit Walter Wallmann, gelungen, die in ihrem Wahlverhalten flexible Mittelschicht bei Kommunalwahlen an sich zu binden. Wie beweglich der Frankfurter Wählermarkt aber wirklich ist, haben diverse Wahlresultate immer wieder gezeigt. Heute bietet die politische Kultur in dieser Großstadt laut Schacht eher ein trübes Bild, das vom Niedergang demokratischer Prozesse, sinkender Wahlbeteiligung und Politikentfremdung geprägt ist. Allein die Abkopplung der politischen Elite vom Wählervolk erlaube es der Union, Frankfurt als etwas darzustellen, was es nicht ist, nämlich als eine CDU-Hochburg. Eike Hennig geht in seinem Beitrag der Frage nach wie sich Wahlverhalten und Parteiidentifikation in hessischen Städten bei den letzten Bundes- und Landtagswahlen entwickelt haben. Er arbeitet heraus, dass Grüne

und Linke durchaus städtische Parteien sind, während sowohl SPD als auch CDU dort an Boden verloren haben. Die zwischen SPD, CDU und Grünen dreigeteilten Wahlkreise, als Ausdruck modernen Wählerverhaltens, was sich bei der Landtagswahl 2003 in zahlreichen städtischen Wahlbezirken gezeigt hat, scheinen 2008 allerdings wieder verschwunden zu sein.

Literatur

Galonska, Andreas (1999): Landesparteiensysteme im Föderalismus. Rheinland-Pfalz und Hessen 1946 – 1996, Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar (2005): Parteimitgliedschaften im Jahre 2005. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S.382-389.

I. Kontexte

Wolfgang Schroeder, Florian Albert und Arijana Neumann

Die hessische Landtagswahl 2008

Zwischen 1983 und 2008, also 25 Jahre lang, bestand in Hessen ein Vierparteiensystem aus CDU, SPD, FDP und den Grünen. Mit dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl 2008 wurde aus einem überschaubaren Vier- ein unübersichtliches Fünf-Parteiensystem. Es war der Einzug der Linkspartei, der den Weg zum Fünf-Parteiensystem ermöglichte. Dieser Wandel ist keinesfalls nur formaler Natur, sondern vermutlich mit weitreichenden inhaltlichen und strategischen Konsequenzen für die davon betroffenen Parteien verbunden. Vor allem ist dieser Wechsel auch das Ergebnis einer in vieler Hinsicht außergewöhnlichen Wahlkampfkonstellation: Denn mit der 2007 neu gegründeten Linkspartei war erstmals ein aussichtsreicher neuer Wettbewerber in der Arena, der einen stimmungsgeladenen Rückenwind für sich beanspruchen konnte. Infolgedessen mussten alle Parteien diesen Akteur, der zunächst kein identifizierbares Gesicht besaß und eher einem Phantom glich, in ihr Kalkül einbeziehen (vgl. dazu den Beitrag von Schroeder, Greef und Reschke in diesem Band). Schließlich gingen alle Parteien davon aus, dass ihre eigenen Chancen an der Regierungsbildung beteiligt zu sein, durch den Einzug der Linkspartei ins Parlament massiv beeinflusst werden würden. Aus diesem Kalkül heraus, versuchte die CDU von Anfang an die Furcht vor den Kommunisten zu schüren, während die SPD selbst ein linkes Profil herausstellte, um potentielle Linksparteiwähler für sich zu gewinnen. Statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Linkspartei ließ die SPD-Führung kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um sich apodiktisch und formal von der Linkspartei abzugrenzen. Selten hat eine noch nicht wirklich existente Partei einem Wahlkampf so ihren Stempel aufdrücken können, wie dies in Hessen der Fall war. Ein wesentliches Resultat, der damit einhergehenden Unsicherheit, war eine von Anfang an vorhandene, außerordentlich starke Orientierung an einem Lagerwahlkampf: Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün. Doch der Wettbewerb fand nicht nur zwischen Lagern und großen Parteien statt. Insge-

samt konkurrierten 17 Parteien mit 702 Kandidaten um die 110 Sitze im Landtag. Neben den fünf Parteien, die in den Landtag einzogen, erreichten jedoch nur die Republikaner mehr als 1,0 Prozent der Stimmen und können damit eine Rückerstattung der Wahlkampfkosten beanspruchen (vgl. den Beitrag von Schwigon in diesem Band).

2008 war es für die großen hessischen Parteien nicht möglich - anders als bei allen Wahlen seit 1991 - einen Wahlkampf gegen die Regierung in Berlin zu führen: Die Anti-Berlin-Option war durch die Große Koalition neutralisiert. Während die Anti-Schröder-Stimmung 2003 noch zu einer Demobilisierung im Lager der SPD und zu einer hohen Mobilisierung im Unionslager führte, mussten beide Parteien diesmal ihre Klientel ohne Angriffe gegen die Bundesregierung an die Wahlurnen bringen. Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass man ganz auf Bundesthemen verzichtete. Doch statt einer emotional gefärbten Fremd-Mobilisierung durch die Bundesebene waren die Wahlkämpfer stärker auf eigene Initiativen angewiesen. Auf Seiten der SPD waren dies neben der Mindestlohnkampagne vor allem die innerparteilichen Vorwahlen. Die Union, und das war die eigentliche, vermutlich Wahl entscheidende Besonderheit, sorgte mit heftigen Attacken gegen straffällige jugendliche Ausländer für einen zuvor kaum erwartbaren Gegenwind, der schließlich sogar in einer Wechselstimmung gipfelte. Roland Koch gab daher auch nach der Wahl zu: „Dass ich Teile der Wähler, die der Union zugeneigt sind, irritiert habe, weil sie glauben konnten, dass ein Thema nur zu Wahlkampfzwecken genutzt wurde, hat mir persönlich geschadet, und es hat auch der CDU geschadet“ (FAZ 03.02.2008). Durch das sich in der letzten Wahlkampfphase abzeichnende Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Koch und Ypsilanti wurden besonders die kleinen Parteien zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Während die FDP von den Fehlern der Union ganz unaufgeregt profitieren konnte, wurden die Grünen zwischen wachsendem Ypsilanti-Faktor und Öko-SPD regelrecht zerrieben. Alles in allem spielten Landesthemen, wenn sie auch nicht in voller Breite und Tiefe den Wahlkampf prägten, 2008 eine größere Rolle als in den Jahren zuvor.

Die hessische Union schickte zum dritten Mal Roland Koch als Spitzenkandidaten ins Rennen. Seit Holger Börner war es keinem Kandidaten in Hessen mehr gelungen, nach dem dritten Wahlkampf noch im Amt zu bleiben. Die CDU konnte also von vorne herein mit gewissen Abnutzungseffekten rechnen. Zugleich waren ihre Werte jedoch über eine lange Zeit hoch und Koch genoss ein derart hohes Prestige als durchsetzungsstarker und innovativer Macher, dass keine Gefahr dräute. Wachgerüttelt wurden schließlich alle Parteien durch die Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Infratest vom März 2007. Zwar lag

das bürgerliche Lager danach deutlich vor Rot-Grün, besaß aber dennoch keine Mehrheit, weil die Linke über fünf Prozent gesehen wurde. Schließlich führten die Unzufriedenheit mit der Bilanz der Landesregierung und die überzogene Schlusskampagne der CDU gegen Jugendkriminalität zu einer deutlichen Demobilisierung im eigenen Lager. Obwohl die Bilanz der hessischen Regierung objektiv besser ist, als sie in der öffentlichen Bewertung oft dargestellt wurde, musste diese erkennen, dass sie mit ihren zahlreichen Reformen auf allen Politikfeldern die hessischen Wähler vermutlich überfordert hatte. Darüber hinaus war der CDU auch bewusst, dass eine erfolgreiche Regierungsbilanz allein keine Garantie dafür ist, wieder gewählt zu werden. Dieses Schicksal konnten sie zuvor etwa bei den Wahlniederlagen der konservativen Regierungen in Österreich und Australien studieren.

Dieser Beitrag beginnt mit der Frage, wie der Wahlkampf geführt wurde und wo seine entscheidenden Wendepunkte lagen. Danach wird das Wahlergebnis analysiert. Worin bestehen die wesentlichen Prozesse und Wählerwanderungen, die den Wandel vom Vier- zum Fünf-Parteiensystem erklären können?

1 Vorgeschichte

1.1 Sonderfall Landtagswahl 2003

Die Landtagswahl 2003 stellt einen in den letzten Jahrzehnten einmaligen Sonderfall dar. Anstelle eines zwischen den politischen Lagern knappen Wahlausgangs verfügte die CDU nach dem Urnengang über eine absolute Mehrheit und war auf eine Zusammenarbeit mit ihrem bisherigen Koalitionspartner FDP nicht mehr angewiesen. Die SPD erlebte in ihrem ehemaligen Regierungsstammland ein Debakel und erreichte nicht einmal 30 Prozent der Stimmen. Lediglich in zwei Wahlkreisen konnte sie das Direktmandat gewinnen. Dieses schlechteste Ergebnis seit 1946 erklärt sich zunächst aus der für die Sozialdemokraten miserablen bundespolitischen Stimmungslage. Demnach vertraten damals knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten die Auffassung, dass die SPD einen bundespolitischen Denkzettel verdient habe (Graf 2003: 1). Koch, der im Landtagswahlkampf überwiegend moderat agierte, schaffte es, die Hessenwahl zu einer bundespolitischen Denkzettel- bzw. Bundestagsnachwahl gegen Berlin zu stilisieren. Für 60 Prozent der Wähler, die 1999 noch SPD gewählt hatten und nun zur CDU wechselten, waren bundespolitische Gründe ausschlaggebend.

Dazu gesellten sich aber auch hausgemachte hessische Probleme: Mit Gerhard Bökel wurde ein weitgehend unbekannter und blasser Kandidat ins Rennen geschickt, dessen Bemühungen, sich als persönliches und politisches Gegenbild zum Amtsinhaber darzustellen, zu keinem Zeitpunkt verfingen (vgl. Schmitt-Beck/ Weins 2003: 676). Dies war erstaunlich, schien die hessische Union, insbesondere Regierungschef Koch, nach den Falschaussagen im Spendenskandal, vor allem um die illegalen Auslandskonten der Partei, doch ein massives Glaubwürdigkeits- und Ehrlichkeitsproblem zu haben. Insbesondere durch die gute Bewertung seiner landespolitischen Leistungen konnte Koch jedoch bei der breiten Mehrheit der hessischen Bevölkerung Akzeptanz und Anerkennung gewinnen (Graf 2003: 38). Der SPD hingegen gelang es zu keinem Zeitpunkt, als thematisch kompetente Alternative zur Union wahrgenommen zu werden und eine Wechselstimmung zu entfachen. In der Konsequenz verloren die Sozialdemokraten zum einen zahlreiche Wähler an die CDU (77.000), zum anderen an die Gruppe der Nichtwähler (ca. 141.000). Der Union gelang es hingegen, in allen Alters- und Berufsgruppen deutliche Stimmenzuwächse von ehemals sozialdemokratischen Wählern (ca. 77.000) und Nichtwählern (ca. 40.000) zu verzeichnen (Neu 2003: 15).

1.2 Bundestagswahlen 2005 und Kommunalwahlen 2006

Dass Hessen jedoch keineswegs zum christdemokratischen Selbstläufer geworden war, zeigte schon die Bundestagswahl 2005, bei der eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in Hessen erfolgte. Die Union fiel wieder hinter die SPD auf den zweiten Platz zurück (35,6 Prozent zu 33,7 Prozent). Auffällig war bereits damals das erstaunlich niedrige Niveau, auf dem sich die großen Parteien befanden. Die Linkspartei übersprang die Fünfprozenthürde knapp (5,3 Prozent), die FDP konnte sich auf hohem Niveau, knapp vor den Grünen, als drittstärkste Kraft behaupten (11,7 Prozent zu 10,1 Prozent) und die rechtsextremem Parteien blieben nach wie vor bedeutungslos (NPD: 1,2 Prozent, REP: 0,8 Prozent).

Die Kommunalwahlen 2006 lieferten aufgrund unterschiedlichen Wahlverhaltens auf kommunaler Ebene zwar kein genaues Abbild der landespolitischen Großwetterlage, zeigten aber, dass der Prozess der Rückkehr zum hessischen Normalzustand auch ein Jahr nach der Bundestagswahl anhielt. Zwar lag die CDU mit 37 Prozent deutlich vor der SPD, die 34,8 Prozent erreichte; gleichwohl erhielt die Union damit mehr als 10 Prozent weniger Stimmen als bei der Landtagswahl.

1.3 Bundes- und landespolitische Ausgangslage

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten geriet die hessische Landtagswahl, verursacht durch die auf fünf Jahre verlängerte Legislaturperiode und die vorgezogenen Neuwahlen 2005, nicht in das Fahrwasser der Bundestagswahl (s. dazu den Beitrag von Decker in diesem Band). Vor allem begrenzte die Große Koalition in Berlin die bundespolitischen Offensivbemühungen der beiden Volksparteien; insbesondere die Möglichkeit einer Denkzettelwahl gegen die Regierungsparteien. Berücksichtigt man allerdings die Stimmungslage im Bund, so schien diese vor und während des Wahlkampfes mehr Rückenwind für die CDU zu ermöglichen, die in allen Umfragen deutlich vor der SPD rangierte. Generell wurde über die Arbeit von Kanzlerin Angela Merkel in der Bundesregierung positiver geurteilt, während sich die Sozialdemokraten und ihr Vorsitzender Beck mit konstant niedrigeren Werten abfinden mussten.

In Hessen verschlechterten sich allerdings die Zufriedenheitswerte der Landesregierung aufgrund selbst zu verantwortender Fehler schon während der Legislaturperiode. Besonders in Folge der schulpolitischen Projekte „Unterrichtsgarantie plus“, der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) und auch der so genannten „Kreationismus-Debatte“[1] von Kultusministerin Wolff. Vor diesem Hintergrund fiel die bildungspolitische Kompetenzzuschreibung der Union rapide nach unten. Im März 2007 waren 40 Prozent der hessischen Bevölkerung der Meinung, dass sich die bildungs- und schulpolitische Lage unter der CDU-geführten Landesregierung verschlechtert habe, während nur 17 Prozent eine Verbesserung ausmachen konnten (Infratest März 2007: 6).

Im Sommer 2007 begann sich auch das positive Bild der CDU-Wirtschaftspolitik zu trüben, als ein Bundesländeranking (INSM 2007) der Regierung zwar gute Werte im Vergleich mit anderen Bundesländern attestierte, aber eine sehr geringe Dynamik (s. dazu 2.1). Das sozialpolitische Image der Union war seit 2003 bereits angekratzt, da die Regierung unter der Überschrift „Operation sichere Zukunft“ die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes drastisch gekürzt hatte. Zum Herbst 2007 wurden zudem erstmals allgemeine Studienge-

---

[1] Wolff hatte im Herbst 2006 in einem Interview erklärt: „Ich halte es für sinnvoll, fächerübergreifende und -verbindende Fragestellungen aufzuwerfen, dass man nicht einfach Schüler in Biologie mit der Evolutionslehre konfrontiert und Schüler im Religionsunterricht mit der Schöpfungslehre der Bibel. Sondern dass man gelegentlich auch schaut, ob es Gegensätze oder Konvergenzen gibt“ (HR Online 2008). Wolff wurde daraufhin mit dem Vorwurf konfrontiert, sie würde sich der Sprache von Kreationisten bedienen.

bühren erhoben - ein Schritt, der in Hessen aufgrund eines Artikels in der Landesverfassung besonders umstritten war und daher eine öffentlichkeitswirksame Klage von SPD, Grünen und Studentenvertretern vor dem hessischen Staatsgerichtshof nach sich zog.[2] Trotz schlechterer Werte für die hessische Regierungspolitik, war bis Januar 2008 keine Wechselstimmung auszumachen.

2 Neuauflage des traditionellen Lagerwahlkampfs

Der Landtagswahlkampf lässt sich in zwei Phasen einteilen. In die Vorphase traten die beiden Volksparteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein, die SPD früher, die CDU hingegen deutlich später. Die direkte Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien begann hingegen erst im Sommer 2007 mit den Sommertouren der Spitzenkandidaten. Die heiße Phase wurde aber erst vier Wochen vor dem Wahltermin Ende Dezember eingeläutet. Das folgende Kapitel stellt die zentralen Weg- und Wendemarken des hessischen Wahlkampfes dar.

2.1 Vorwahlkampf-Phase

Für die SPD begann der Wahlkampf mit der Absage des populären und erfolgreichen Offenbacher Oberbürgermeisters Gerhard Grandke, der seit 1999 der Wunschkandidat der Partei für die Position des Spitzenkandidaten war. Die Parteivorsitzende Ypsilanti meldete ihre Ansprüche direkt an. Es folgte nach anfänglichem Zögern der damalige Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter. Die nun folgende Auseinandersetzung und öffentliche Kandidatenkür in der SPD unterliegt zwei Deutungsarten. Zum einen wurde das lange Duell zwischen Ypsilanti und Walter als Zeichen einer tiefen Spaltung der hessischen SPD gesehen. Folglich räumten viele einer so zerrissenen Partei kaum Wahlchancen ein, gerade weil sich hinter dem Sieger der Auseinandersetzung immer nur ein Teil der Mitglieder und Anhänger versammeln könne. Diese Gefahr schien auch gegeben als Jürgen Walter und seine Anhänger sich nach der Niederlage auf dem Landesparteitag und zu Beginn des Wahlkampfes eher bedeckt hielten und sie in der ersten Phase keine Berücksichtigung in Ypsilantis Schattenkabinett fanden. Zum anderen

[2] Roland Kochs Vater, Karl Heinz Koch, klagte 1947 als Student gegen die damals noch erhobenen Vorlesungsgebühren. Der Staatsgerichtshof erklärte diese zwei Jahre später für unrechtmäßig und verlangte eine Zurückzahlung derselben ab 1946 (Spiegel Online 2006).

wurde die Auseinandersetzung auch positiv gesehen, nämlich als Prozess einer aktiven Demokratie, die auf das Instrument der Mitgliederbeteiligung setzte. Manche sahen sich bei diesem Vorgehen schon fast an US-amerikanische Primaries erinnert (s. dazu den Beitrag von Schroeder in diesem Band). Bei allen kurzfristigen Verwerfungen und Zumutungen hat dieser Prozess der Siegerin Ypsilanti geholfen, ihren Bekanntheitsgrad in Hessen um ca. zehn Prozent zu steigern (Infratest März 2007: 12).

Direkt nach der Nominierung der SPD-Linken Ypsilanti stellte die Union die Weichen in Richtung Lagerwahlkampf, indem sich das bürgerliche Lager unmittelbar und deutlich von der SPD-Kandidatin abgrenzte und die Gefahr einer Links-Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei beschwor. „Mit der Nominierung von Frau Ypsilanti hat sich die SPD für den Weg nach links außen entschieden. (…) Mit platten, klassenkämpferischen Parolen kann man ein Land wie Hessen nicht regieren", kommentierte Generalsekretär Boddenberg. SPD und Grüne erteilten dieser Regierungskonstellation jedoch eine deutliche Absage, womit sich zugleich auch ihre Koalitions- und Machtperspektive deutlich einschränkte. Dass die hessische SPD ein solches Bündnis früh ausgeschlossen hat, ist erstens dem damaligen Zustand der hessischen Linkspartei (s. Beitrag von Schroeder, Greef und Reschke in diesem Band), zweitens dem innerparteilichen Druck des Walter-Flügels in Hessen, drittens der Strategie der Bundespartei und viertens der „Linksblock Warnung" der Union geschuldet, die früh sah, dass mit dem Einzug der Linkspartei ihre eigene Machtperspektive beeinträchtigt werden könnte.

Die CDU konnte sich bis Frühjahr 2007 in dem Bewusstsein wähnen, dass sie mit dem Amtsbonus Kochs im Rücken das Rennen gewinnen würde. Das änderte sich mit der Infratest Umfrage vom März 2007, nach der erstmals keine Mehrheit für eine schwarz-gelbe Koalition prognostiziert wurde. Bis zum Sommer verharrte die Union aber in Attentismus. Zudem sorgte eine zweite Meldung in den Reihen der Union für Verunsicherung. Im jährlichen Bundesländerranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft"[3] vom Juni 2007 schnitt Hessen zwar mit Platz drei durchaus erfolgreich ab, aber im Hinblick auf die zu erwartende Dynamik sah die Studie Hessen nur auf dem bundesweit vorletzten Platz. Für die Regierung Koch, die sich als engagierteste Verfechterin des Wettbewerbsföderalismus öffentlich präsentierte und in dafür notwendigen transparenten Leis-

[3] In das Ranking wurden nicht nur wirtschaftliche Leistungskraft (Arbeitsmarkt und Unternehmensperformance), sondern auch die allgemeine Struktur des Landes, der Wohlstand und die Bildung einbezogen (INSM 2007).

tungsvergleichen das adäquate Mittel sieht, entwickelte sich dieses Länderanking gewissermaßen zum Benchmarking-Bumerang.

In der Sommerpause bereisten beide Spitzenkandidaten das Land. Die SPD hatte bereits zuvor mit Energiepolitik ein neues Thema entdeckt und als Schattenminister für die Ressorts Wirtschaft und Umwelt den Bundestagsabgeordneten und Träger des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer benannt. Ypsilantis Sommertour stand daher unter dem Motto „Neue Energie für Hessen". Da in der Umfrage vom März auch deutlich geworden war, dass die Persönlichkeitswerte des Ministerpräsidenten Koch zwar in Bezug auf wirtschaftlichen Sachverstand und Durchsetzungskraft nach wie vor gut waren, es ihm aber deutlich an Glaubwürdigkeit, Sympathie und Ehrlichkeit mangelte, versuchte die CDU durch eine „Koch kocht"-Tour sein Image als Landesvater zu verbessern. Die CDU setzte in dieser Phase also auf Elemente einer positiven Personalisierung, die SPD hingegen eher auf inhaltliche Thematisierung. Damit reagierten beide Parteien auf die jeweiligen Schwächen ihres Spitzenkandidaten. Während Ypsilanti inhaltlich eher schwach bewertet wurde, aber gute persönliche Werte aufwies, verhielt sich das bei Koch genau umgekehrt. An diesen Zuschreibungen änderte sich bis zum Wahltag allerdings nichts.

Tabelle 1: Persönlichkeitsprofile der Spitzenkandidaten im Januar 2008

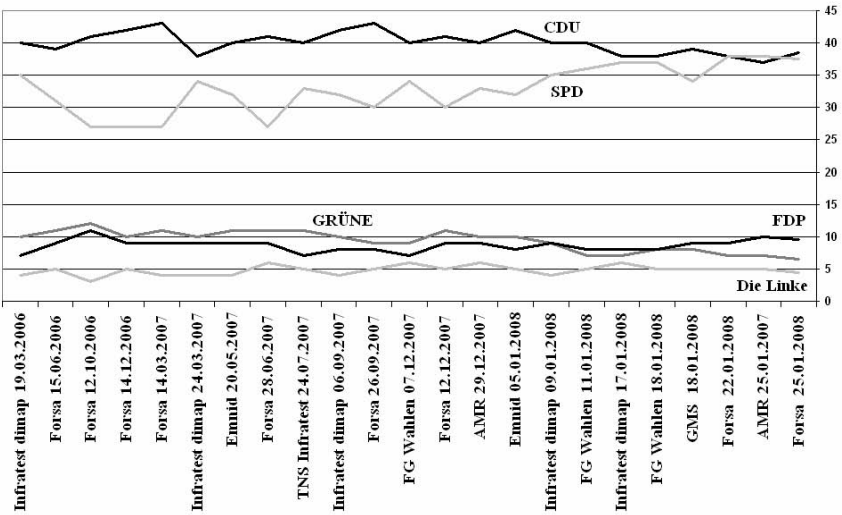
	Roland Koch (CDU)	**Andrea Ypsilanti (SPD)**
Positive Werte	Stärkere Führungspersönlichkeit (70) Versteht mehr von Wirtschaft (65) Ist durchsetzungsfähiger (64)	Setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein (58) Ist sympathischer (57) Ist glaubwürdiger (40)
Negative Werte	Ist glaubwürdiger (29) Ist sympathischer (25) Setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein (20)	Ist durchsetzungsfähiger (15) Stärkere Führungspersönlichkeit (12) Versteht mehr von Wirtschaft (10)

Quelle: Infratest, Hessen Trend Januar 2008, der Prozentwert gibt jeweils die Zustimmung der Befragten zu den Eigenschaften der Kandidaten an

Nach der Sommertour komplettierte die SPD ihr Schattenkabinett. Eine weitere Überraschung gelang Ypsilanti mit dem in Finnland arbeitenden Bildungsexperten Rainer Domisch, den sie zum Schattenkultusminister bestellte, womit sie auf den ersten beiden Plätzen ihres potenziellen Kabinetts ein zweites Mal einen

Kompetenz-Import (nach Scheer) vornahm. Mit Domisch versuchte die SPD die Schulkampf-Rhetorik vergangener Wahlkämpfe zu entschärfen, indem die auf einen unverbrauchten Kandidaten aus dem PISA-Siegerland Finnland setzte. Mit der Schulpolitik versuchte die SPD erwartungsgemäß in dem strategisch entscheidenden Feld der Landespolitik anzugreifen, in dem die Union bereits seit längerer Zeit stark kritisiert wurde (siehe 1.3). Trotz der Image- und Kompetenzschwäche der Regierung, gelang es der SPD jedoch bis zum Januar 2008 kaum die eigenen Zustimmungswerte zu steigern:

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlprognosen in Hessen



Im Herbst 2007 unternahm Roland Koch einen zweiten Anlauf, um sein Image zu verbessern. Diesmal inszenierte er sich als weltgewandter und international anerkannter Außenpolitiker. Anfang September brach Koch zu einer USA-Reise auf, wo er unter anderem Henry Kissinger traf und in New York den Finanzplatz Frankfurt präsentierte. Zwei Wochen später trat er mit dem Dalai Lama vor 13.000 Menschen in Neu-Anspach auf. Im Oktober empfing Koch den russischen Präsidenten Putin, als sich Bundeskanzlerin Merkel und er zu deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Wiesbaden trafen.

Im November nutzte die CDU ihren Landesparteitag, um ihre Leistungsbilanz in den Vordergrund zu stellen. Koch versuchte dabei an die Stimmungslage

der letzten Landtagswahl anzuknüpfen, indem er die eigenen Erfolge beschwor und den Umbauprozess in Hessen erneut für unvollendet erklärte. Von diesem eher provinziellen Parteitag in Stadtallendorf, bei dem alle Listenkandidaten, außer Kultusministerin Wolff, eine annähernd hundertprozentige Zustimmung erhielten, ging allerdings wenig Dynamik aus. Die Union entwickelte keine ähnlich großen Zukunftsprojekte wie noch zu Beginn der Legislaturperiode, stattdessen malte sie die Gefahr eines so genannten „Linkskartells" an die Wand. Die von der SPD angekündigten Neuerungen, beispielsweise in der Energiepolitik, kritisierte die Union als unfinanzierbar und nicht umsetzbar.

In der Vorweihnachtszeit verlief der Wahlkampf ruhig. Im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeitsdebatte verspürte die SPD jedoch einen diffusen Rückenwind, den sie mit dem Instrument der Mindestlohnkampagne konkreter aufzufangen suchte. Allerdings kündigte die SPD eine breit angelegte Kampagne zum Mindestlohn erst für die heiße Phase im Januar an. Gleichzeitig suchte Koch nach Themen, die rückblickend als Vorläufer der „Ausländerkriminalitäts-Kampagne" interpretiert werden können. Zunächst wies er in einem Interview mit der Wetzlarer Neuen Zeitung (01.12.2008) darauf hin, dass ein Vergleich der deutschen und finnischen PISA Ergebnisse wegen der hohen Immigrantenquote in Deutschland nicht zulässig wäre. Eine Woche vor Weihnachten forderte der Ministerpräsident das Verbot von Ganzkörperschleiern (Burkas) an hessischen Schulen und provozierte bei Landesausländer- und Elternbeirat heftige Reaktionen. Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Forderungen wurden laut, als das hessische Kultusministerium auf Nachfrage zugab, dass ihm bislang kein einziger Fall von Schülerinnen, die solche Kleidung an Schulen tragen würden, bekannt sei. Auswirkungen auf die Stimmungslage hatten aber weder die am 2. Januar 2008 gestartete Mindestlohnkampagne der SPD noch die integrationspolitisch umstrittenen Aussagen Kochs. Eine Wechselstimmung war demnach bis zur ersten Januarwoche nicht erkennbar.

2.2 Die heiße Phase des Wahlkampfs

Die CDU-Landesregierung präferierte mit dem 27. Januar einen frühen Wahltermin, um einen kurzen und intensiven Wahlkampf führen zu können. Dennoch war es Koch selbst, der die heiße Phase früher als erwartet einläutete. In Reaktion auf einen Überfall in der Münchner U-Bahn, der von zwei ausländischen Jugendlichen auf einen Rentner verübt wurde, forderte Roland Koch am 27. Dezember 2007 über die „Bild-Zeitung" eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Koch

zielte mit dieser Forderung zugleich gegen die SPD, deren Justizministerin Brigitte Zypris (SPD) er vorwarf für Versäumnisse auf diesem Feld verantwortlich zu sein. Damit rief er ein enormes mediales Echo hervor, das unmittelbar die Agenda des Wahlkampfes bestimmte. Der Bundesvorstand der CDU und Kanzlerin Merkel stellten sich hinter die Vorschläge des Ministerpräsidenten und verabschiedeten noch Anfang Januar die so genannte Wiesbadener Erklärung[4]. CDU-Generalsekretär Pofalle sagte: „Das ist ein Thema, das den Menschen unter den Nägeln brennt. Wenn unter jugendlichen Straftätern überproportional viele Ausländer sind, dürfen Staat und Politik nicht darüber hinwegsehen" (zitiert nach FAZ 30.12.2007). Erinnerungen an die Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1999 wurden geweckt. Doch diesmal gelang es Koch nicht die Richtung seiner Kampagne zu bestimmen; sie entglitt ihm vielmehr. Denn Medien und Opposition suchten in seiner Regierungsbilanz nach Anhaltspunkten für eine positive Politik in diesem Bereich. Stattdessen wurden nun Defizite Hessens insbesondere im Jugendstrafvollzug und bei den überdurchschnittlich langen Verfahrensdauern thematisiert. Zudem machten verschiedene Sachverständige darauf aufmerksam, dass die im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft" gekürzten Mittel im Bereich der Jugendhilfe die Probleme verschärft hätten. Eine besonders negative Bewertung gaben der Richterbund und Anwaltsverein zu Kochs Vorschlägen ab. „Die Diskussion gaukelt den Menschen Zusammenhänge vor, die es nicht gibt. Die Formel 'Härtere Strafen gleich höhere Abschreckung gleich weniger Straftaten' ist schlicht falsch." Die Politik erliege abermals der Versuchung, Fragen des Strafrechts für plakative Botschaften zu missbrauchen, kritisierte Oberstaatsanwalt Christoph Frank in der FAZ (03.01.2008). So entwickelte sich auch das Thema Jugendkriminalität zu einem erneuten Bumerang für die Landesregierung.

Anstatt aber zurück zu rudern, verschärfte Koch die Tonart und zog es im Einzelfall in Erwägung, dass Jugendstrafrecht auf Unter-Vierzehnjährige auszudehnen, was ihm eine Welle gesellschaftlicher Empörung einbrachte[5]. Auch aus

---

[4] Die Wiesbadener Erklärung der CDU beinhaltet aber weit mehr als nur das Thema Jugendkriminalität: Wachstum und Beschäftigung, Familie und Zusammenhalt der Generationen. In Bezug auf Jugendkriminalität, nimmt sie zwar die Vorschläge von Koch auf („Warnschussarrest, Erziehungscamps, Anwendung des Erwachsenenstrafrechts, Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren statt maximal 10 Jahren, Sicherungsverwahrung, Fahrverbot, Änderung des Aufenthaltsrechtes), macht aber auch den Gedanken der Prävention stark (CDU 2008).

[5] Zu den schärfsten Kritikern gehörten der Vorsitzende des Kinderschutzbundes Hilgers und auch der Vorsitzende der GdP Friedberg.

den eigenen Reihen wurde Kritik laut. Der in Niedersachsen ebenfalls mitten im Wahlkampf stehende Ministerpräsident Christian Wulff und der Stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach bekundeten ihre Ablehnung dieser Vorschläge. „Kinder sind Kinder, und da stellt sich die Frage vor allem nach den Eltern. (…) Theoretisch könne gegen die Eltern vorgegangen werden, wenn sie ihre Kinder vernachlässigen. Die Strafmündigkeit zu verändern, halte ich für falsch" (Wulff, zitiert nach Focus 14.01.2008). „Statt über härtere Strafen für Gewalttäter spricht Wulff über Toleranz, Liberalität und Weltoffenheit" (Teevs 19.01.02008). Die SPD-Spitzenkandidatin Ypsilanti reagierte hingegen klug, indem sie die offensiven Attacken auf Koch der Bundespartei überließ und so die staatstragende Rolle übernahm, indem sie auf die Fehler der hessischen Landesregierung bei der Integration von Migranten und in der Jugendkriminalitätsbekämpfung hinwies.

So konnte sich Ypsilanti nun wirksam mit ihren weichen Kompetenzen als sympathische und glaubwürdige Herausforderin profilieren. In der heißen Phase zogen sich beide Parteien somit auch auf ihre Kernidentitäten zurück: Die SPD setzte auf ein sozialpolitisches Thema, dessen breiter Zustimmung sie sich sicher sein konnte, während die Union ihr Profil als „law and order" Partei mit einer polarisierenden Kampagne einläutete. Damit zielte sie nicht nur auf ihre Stammwähler, sondern versuchte auch Wähler aus dem gegnerischen Lager zu mobilisieren. Wie alle Umfragen zeigten, kam mit dem Schwenk der CDU hin zu einer eher offensiven Oppositionskampagne zum ersten Mal eine echte Wechselstimmung in Hessen auf, da die SPD nun deutlich (und zu Lasten der Union) an Zustimmung gewinnen konnte und in den Umfragen gleichauf mit der Regierungspartei rangierte. Wenige Tage vor der Wahl entwickelte sich der zum Jahreswechsel scheinbar schon entschiedene Wahlkampf zu einem packenden Kopf-an-Kopf-Rennen.

Aufsehen erregten gut eine Woche vor dem Wahltag, am Abend vor dem mit Spannung erwarteten Fernsehduell, die Äußerungen von Wolfgang Clement, dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Ministerpräsident von NRW und Arbeits- und Wirtschaftsministers, zu den energiepolitischen Vorstellungen der hessischen SPD. Er riet von der Wahl seiner Partei in Hessen ab: Die energiepolitischen Positionen der hessischen SPD seien eine Gefahr für die Energieversorgung des Landes und dessen wirtschaftliche Stabilität (Welt vom 19.01.08). Erneut nahm die SPD eine geschickte Arbeitsteilung vor, indem sie der

Bundespartei die Attacken auf Clement überließ[6], während Spitzenkandidatin Ypsilanti Clements Einlassung elegant dethematisierte.

Am Tag des Fernsehduells, dem Sonntag vor der Wahl, waren 30 Prozent der Hessen noch unentschlossen hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung (Infratest Januar 2008). Koch und Ypsilanti setzten bei ihrem direkten Aufeinandertreffen zwar inhaltlich keine neuen Akzente, überraschten aber als Personen umso mehr. Vor zahlreichen Fernsehzuschauern (13,7 Prozent Marktanteil in Hessen bei bis zu 450.000 Zuschauern) war Amtsinhaber Koch, ganz im Gegensatz zu seinem „rodeohaften" Wahlkampfstil zu Beginn der heißen Wahlkampfphase, sehr daran gelegen abzurüsten. Durch ein souveränes und nahezu landesväterliches Auftreten erreichte er dies. Zudem gelang es ihm die Zweifel an der finanzpolitischen Kompetenz Ypsilantis wach zu halten. Die Herausforderin überraschte hingegen nahezu alle Beobachter mit ihrem souveränen Auftreten und damit, dass sie es fertig brachte, dem Ministerpräsidenten insgesamt auf Augenhöhe zu begegnen, ohne sich in inhaltlichen Kompetenzfragen stark zu positionieren.

In der letzten Woche des Wahlkampfs war es vor allem das bürgerliche Lager, das den Lagerwahlkampf durch Negative-Campaigning weiter zuspitzte und hessenweit den Slogan „Ypsilanti, Al Wazir und die Kommunisten stoppen" plakatierte. Diese Verwendung der nicht deutsch klingenden Nachnamen der Spitzenkandidaten war für die rot-grüne Opposition ein Zeichen dafür, dass die hessische CDU erneut versuchte, mit Ressentiments einen emotionalisierenden Landtagswahlkampf zu gewinnen.[7] Viele Medien wandten sich in diesen Tagen deutlich von Koch ab und sprachen von einem „unappetitlichen" Wahlkampf (vgl. Die Zeit 25.01.2008).[8]

In der öffentlichen Meinung führte insbesondere die Art und Weise wie die Union die Ausländerkriminalität thematisierte zu einem massiven Kompetenz- und Glaubwürdigkeitsverlust der eigenen Partei. So stimmten zwar zahlreiche Wähler der Thematisierung der Frage an sich zu, standen aber den Lösungsvor-

---

[6] Beispielsweise forderte Struck Clement auf, die SPD zu verlassen, die Jusos forderten seinen Ausschluss.

[7] Ein ähnliches ehrverletzendes Vorgehen, wenngleich nicht an ausländerfeindliche Ressentiments anknüpfend, praktizierten vor allem während der Fußball Weltmeisterschaft 2006 und auch teilweise in einer früheren Phase des Wahlkampfes die hessischen Jusos mit ihren unwürdigen Attacken gegen den Ministerpräsidenten unter dem Motto „Kick den Koch", dabei wurde Kochs Kopf als Fußball dargestellt, gegen den ein Fußballspieler trat.

[8] Relativ unbeachtet blieben die Äußerungen von Kochs einzigem christdemokratischem Amtsvorgänger, Walter Wallmann, der ihm zwei Tage vor der Wahl in einem Interview Fehler in der Wahlkampfführung vorwarf (FNP 25.01.08).

schlägen Roland Kochs ablehnend gegenüber bzw. stellten der Regierung ein miserables Zeugnis über ihre eigene Landespolitik in diesem Feld aus.[9] Zudem wurde die SPD als glaubwürdiger empfunden. 77 Prozent der Wähler waren der Auffassung, dass der bundesweit einheitliche Mindestlohn ein ernstes Anliegen der Partei sei, während nur 54 Prozent dies beim Ausländerwahlkampf der Union glaubten.

2.3 Fazit des Wahlkampfes

Der hessische Landtagswahlkampf 2007/ 2008 war ein traditioneller Lagerwahlkampf. Beiden Lagern gelang es nicht sich primär auf hessische Themen zu konzentrieren und diese souverän zu kommunizieren. In der entscheidenden Phase des Wahlkampfes setzten beide auf allgemeine Themen. Die CDU verfing sich in einer (für eine mit absoluter Mehrheit regierenden Partei) strategisch untypischen Kampagne. Sie führte quasi einen Oppositionswahlkampf, anstatt ihre eigene Regierungsbilanz in den Vordergrund zu stellen. Mit ihrer polarisierenden Strategie führte sie zudem selbst die Wechselstimmung im Land herbei, die der zwar beliebten, aber zugleich wenig profilierten Kandidatin der SPD Raum zur Entfaltung gab. Bemerkenswert an diesem Wahlkampf war auch das bundesweite Medienecho. So sprach Viola Neu von der Konrad-Adenauer-Stiftung davon, dass „der hessische Wahlkampf mit dem ihn begleitenden medialen „Overkill" in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen [könnte]" (Neu 2008: 3). Die Zuspitzung hatte zur Folge, dass die Berichterstattung auf der „Sachebene der Regierungs- und Leistungsbilanz, aber auch die Auseinandersetzung um die Realisierbarkeit von Konzeptionen [ausgeblendet wurde]" (ebd.).

Für beide Parteien ging es neben dem Erreichen der Regierungsmehrheit im Land auch darum, bundespolitische Signale zu setzen. Die SPD führte ihren hessischen Kampf in erster Linie gegen die CDU, sollte aber auch im Auftrag der Bundespartei die Linke unter der Fünfprozenthürde halten und deren Westausdehnung verhindern. Die CDU kämpfte für den Erhalt ihrer Regierungsmehrheit in Hessen, wurde aber zugleich an den Erfolgen ihrer Partei bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Niedersachsen gemessen. In beiden Ländern

[9] Vor der Wahl stimmten 84 Prozent der Wähler der Aussage zu, „Koch soll erstmal seine Hausaufgaben in Hessen machen und dafür sorgen, dass es hier schneller zu Gerichtsurteilen kommt." 72 Prozent meinten, „Koch hat ein wichtiges Thema angesprochen, aber seine Lösungsvorschläge sind nicht die richtigen." (Infratest Januar 2008).

wollte die Union den Nachweis der strukturellen Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers erbringen. Für Roland Koch ging es zudem darum, seine bundespolitischen Ansprüche und Ambitionen gegenüber Niedersachsens Ministerpräsident Wulff zu unterstreichen.

Die kleinen Parteien standen im Schatten der großen Auseinandersetzungen. Die FDP, deren Vorsitzender Hahn 2003 - trotz absoluter Mehrheit der Union - in die Regierung eintreten wollte, dafür aber keine Mehrheit in der eigenen Partei gefunden hatte, bewahrte über die gesamte Legislaturperiode eine große Nähe zur CDU. Im Landtag trat sie als „gefühlte Regierungspartei" auf und grenzte sich auch im Wahlkampf kaum von der CDU ab (s. Beitrag von Schiller in diesem Band). Die Grünen taten sich schwer, da die SPD mit dem Thema erneuerbare Energien eines ihrer zentralen Felder besetzt hatte und darüber hinaus mit ihrer weiblichen Spitzenkandidatin nicht nur die Wechselwählerinnen, sondern auch Teile der eigenen Klientel besser ansprechen konnte. In der heißen Phase des Wahlkampfes ging der Aufstieg der SPD in den Umfragen deutlich zu ihren Lasten (s. Beitrag von Kleinert in diesem Band). Die Linke hingegen hatte überhaupt nicht auf hessische Themen gesetzt, sondern präsentierte sich als reiner Ableger ihrer Bundespartei, was durch eine Personalisierung über ihre Bundesprominenz, also durch Oscar Lafontaine und Gregor Gysi unterstrichen wurde. Ihre Adressaten waren insbesondere unzufriedene, ehemalige Wähler von SPD und Grünen sowie bisherige Nichtwähler (s. Beitrag von Schroeder, Greef und Reschke in diesem Band). Den Freien Wählern gelang es, trotz der Unzufriedenheit mit der Union zu keinem Zeitpunkt, sich als wahrnehmbare Alternative in den Wahlkampf einzumischen (s. Beitrag von Albert in diesem Band).

3 Das Ergebnis der Landtagswahl: Keine Mehrheit für ein Lager

Nachdem die letzten Prognosen vor dem Wahltag einen knappen Ausgang vorhersagten, blieb es auch am Wahlabend sehr lange spannend. So dauerte es fast bis Mitternacht, um festzustellen, dass die Linkspartei ins Parlament einziehen konnte und die Union stärkste Partei geworden war. Damit war klar, dass Roland Koch keine CDU-FDP-Koalition bilden konnte, die in einem Vierparteien-Landtag gerade noch möglich gewesen wäre.

3.1 Wahlergebnis und Wählerwanderung

Die regierende CDU musste einen der größten Verluste in ihrer Geschichte hinnehmen. Das Minus von 12 Prozentpunkten bedeutete, dass sie mit 36,8 Prozent quasi in die 1960er Jahre und in die Zeit des Aufschwungs unter Alfred Dregger zurückgeworfen wurde. Insgesamt verlor die Union 202.000 Stimmen an andere Parteien und 75.000 an die Nichtwähler. Am meisten profitieren davon SPD (90.000) und FDP (67.000). Allerdings blieb die CDU mit einem Vorsprung von ca. 3.500 Stimmen knapp stärkste Kraft. Die SPD konnte zwar mit 7,6 Prozentpunkten deutlich zulegen, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass sie damit das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte in Hessen erzielte und keineswegs an ihr Ergebnis von 1999 (39,4 Prozent) anknüpfen konnte. Sie gewann von allen Parteien – außer von der Linkspartei (-32.000) – und auch aus dem Lager der Nichtwähler Stimmen hinzu, am meisten von der CDU (90.000) und den Grünen (66.000). Die Grünen hatten seit ihrem Einzug in den hessischen Landtag 1982 nur zweimal ein schlechteres Ergebnis erzielt (1983 und 1999). Sie gewannen nur von der CDU Wähler hinzu (11.000) gaben zugleich aber besonders stark an die Linke ab (19.000). Die FDP feierte mit 9,4 Prozent ihr bestes Wahlergebnis seit 1970 und konnte erstmals seit dem Einzug der Grünen in den Landtag (1982) wieder drittstärkste Kraft in Hessen werden. Die FDP gewann allerdings nur von den Wählern der CDU, gab aber an alle anderen Parteien und an die Nichtwähler Stimmen ab. Die Linke hatte, nach unsicheren Umfragen im Vorfeld, mit 5,1 Prozent knapp den Einzug in den Landtag geschafft. Sie profitierte am stärksten von der SPD (32.000), aber auch deutlich von den Grünen (19.000) und von der CDU (17.000). Besonders stark fiel die Zustimmung bei den ehemaligen Nichtwählern (26.000) für die Linkspartei aus; hinzu kamen noch etwa 28.000 Stimmen aus den anderen Parteien. Dieses Ergebnis führte zu einer gleichen Sitzverteilung bei der SPD (+ 9) und bei der CDU (-14) mit je 42 Sitzen. Die FDP errichte elf (+2), die Grünen neun (-3) und die Linke sechs Sitze.

Trotz des medial stark beachteten und intensiv geführten Lagerwahlkampfes trat die Erwartung zahlreicher Beobachter, dass die Wahlbeteiligung steigen würde, nicht ein. Stattdessen gingen sogar noch etwas weniger Bürger als noch vor fünf Jahren zur Wahl (64,3 statt 64,6 Prozent). Die Zugewinne von SPD, Grünen und der Linken waren mit den Verlusten von CDU und FDP fast identisch. Vergleicht man das Wahlergebnis mit dem in Niedersachsen, wo die Wahlbeteiligung etwa 6 Prozent niedriger ausfiel, so kann vermutet werden, dass die hessische Polarisierung eine weitaus geringere Wahlbeteiligung verhindert hat. Zugleich kann aber auch davon ausgegangen werden, dass die positiven Auswir-